Gastkommentar über die Verkehrswende

Das Geld ist da, aber der Wille fehlt

FOTO: BIRGIT WINGRAT

Greta Thunberg mahnt jeden Freitag: „Es geht um unsere Zukunft! Tut endlich etwas gegen die Bedrohungen durch den Klimawandel!“ Recht hat sie und mit ihr viele Tausend Schülerinnen und Schüler weltweit. Insbesondere im Verkehrsbereich gibt es eklatante Defizite bei der Verringerung der CO2-Emissionen. Unter dem Einfluss der mächtigen Autolobby traut sich die Bundespolitik seit Jahren nicht an wirklich einschneidende Maßnahmen heran, um die zwingend notwendige Verkehrswende endlich einzuleiten.

Auch der Bremer Verkehrspolitik mangelt es an mutigem und entschlossenem Handeln, um die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr zu minimieren: Ausstoß von Klimagasen, dreckige Luft durch Feinstaub, Stickstoffdioxid und andere Schadstoffe, Lärm, Ressourcenverbrauch, Unfallopfer, Flächenversiegelung sowie Gefahren für Boden und Wasser. Unter dem Eindruck des Dieselskandals und zur Vermeidung von Fahrverboten hat die Bundesregierung einige Programme aufgelegt, um Autofahrer zum Umstieg zu bewegen: Mehr Geld für den Umweltverbund, also für Fuß-, Rad-, Schienen-, Straßenbahn- und Busverkehr. Damit könnte der Bremer Verkehrsentwicklungsplan (VEP) endlich umgesetzt werden, in welchem unter anderem der Ausbau von acht Premiumrouten für den Radverkehr verabredet worden ist.

Doch seit Ende 2014 ist fast nichts passiert – ein Trauerspiel. Nicht nur beim Ausbau der stark frequentierten Strecke von der Universität durch die Stadtmitte nach Huchting herrscht Stillstand, sondern bei allen Routen. Zumindest die längste geplante Strecke von Farge bis Hemelingen müsste nun aber endlich angegangen werden. Denn erst wenn die Neuverteilung der Straßenverkehrsfläche zugunsten einer attraktiven Fahrradinfrastruktur umgesetzt worden ist, werden mehr Menschen gerne die Erfahrung machen, welche Vorteile das zügige Radfahren auf komfortablen Radwegen gegenüber dem Stillstand im Stau hat.

Der VEP macht auch klare Aussagen zu Fahrrad- und Fußgängerbrücken über die Weser: Parteiübergreifend ist 2014 verabredet worden, zwei neue Brücken über die Kleine Weser zwischen Piepe und Stadtwerder sowie über die Weser zwischen Stadtwerder und Altenwall zu bauen. Die Bundesregierung würde 90 Prozent der Kosten übernehmen, Bremen müsste etwa eine Million Euro an Planungsmitteln ausgeben. Die Bremer SPD jedoch gibt die Mittel nicht frei. Diese Brücken wären ein Gewinn für alle, um das Nadelöhr Wilhelm-Kaisen-Brücke zu umfahren. Es ist höchste Zeit, endlich anzufangen!

Unser Gastautor

ist seit 2012 einer der drei Vorsitzenden des BUND-Landesverbandes Bremen. Mazur beschäftigt sich mit Verkehrsthemen wie dem Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025.